



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Freihändlerische Polemik.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

## Freihändlerische Polemik.

„Mit dem Programm des Reichskanzlers wird nur die Rückkehr zu den Grundsätzen, die vor 1865 galten, beabsichtigt, Grundsätzen, bei denen Staat und Volk sich wohlbefanden, während die seit jenem Jahre bei uns mehr und mehr zur Geltung gekommenen, von England importirten und nur in dessen Interesse gepredigten Grundsätze des internationalen Freihandels wesentlich dazu beigetragen haben, unsere finanzielle Kraft zu schwächen und den Rückgang von Industrie, Verkehr und Handel herbeizuführen, den wir in den letzten Jahren zu betrauern hatten und noch heute zu betrauern haben. Wir haben alle Ursache, dem Reichskanzler dankbar zu sein, daß er zur Abstellung dieses Unwesens mit unzweideutigem Freimuth die Initiative ergriffen.“

So sagten wir am Schluß des Artikels „Bismarck und das Manchesterthum“\*), so wiederholen wir heute, und dabei gedenken wir zu verbleiben. Den Freihändlern der National-Liberalen Korrespondenz aber hat das nicht gefallen. Sie fanden darin sogar eine größere Ungeschicktheit als in den Aeußerungen anderer Vertheidiger des Bismarck'schen Zollprogramms, und sie meinten vermuthlich ihrerseits etwas ganz besonders Geschicktes vorzubringen, wenn sie in Betreff des zweiten der obigen Sätze bemerkten: „Dieser Schilderung der durch das Jahr 1865 eingeleiteten Entwicklung hätte der Verfasser nur noch hinzufügen sollen, daß jene Entwicklung sich von Anfang an vollzogen hat unter der Leitung des Fürsten Bismarck.“

Da hatten wir's. Ein ungewöhnlich geschickter Hinweis, ein wohlgezielter Dieb, der abführen mußte, nicht wahr? Wir antworten: mit Nichten. Jedem das Seine. Die Entwicklung unseres Zollwesens im Geiste und nach dem Geschmacke der Manchesterpartei hat sich nicht unter der Leitung unseres Reichskanzlers, sondern unter derjenigen eines neben ihm fungirenden Ministers vollzogen, den er wegen seiner ungewöhnlichen Arbeitskraft und anderer

\*) Vgl. Nr. 1 der diesjährigen Grenzboten, S. 19.  
Grenzboten I. 1879.

lobwürdiger Eigenschaften Vertrauen schenkte und vorläufig freie Hand ließ und der — jetzt nicht mehr Minister ist. Man hat diesen und seine Partei gewähren lassen, weil man sie bis auf weiteres gewähren lassen mußte. Oder sollte es den Herren von der National-Liberalen Korrespondenz unbekannt sein, daß der Fürst Bismarck sich mehr als einmal darüber beklagt hat: wie man ihn für zu gesund und zu reich halte, so halte man ihn auch für zu mächtig? War er etwa auch für das Mühler'sche Regiment verantwortlich zu machen, das doch ebenfalls geraume Zeit unter ihm als Ministerpräsidenten weiten Kreisen Schädliches förderte? Konnte er an die Verwirklichung aller Gedanken und Pläne, die ihm am Herzen lagen, an die Beseitigung aller Mißstände, die er erkannt, auf einmal gehen, und gab es nicht wichtigere Fragen zu erledigen, bevor die wirthschaftliche Reform in Angriff genommen werden konnte?

Wir haben Grund zu der Annahme, daß wenigstens die Grundzüge dieser Reform dem Reichskanzler schon vor Jahren, d. h. schon vor Gründung des deutschen Reichs, vor Augen standen. Aber zunächst waren bedeutungsvollere Aufgaben, die seit dem Jahre 1864 an ihn herantraten, und die wir kaum zu nennen brauchen, zu lösen, und schon deshalb war jene Reform zu vertagen. Oder ginge es nicht über die größte Energie im Denken und Handeln, überstiege es nicht jede menschliche Arbeitskraft, die Frage der wahren politischen Einigung der Deutschen und diejenige der Beseitigung fremden, österreichischen, französischen, römischen Einflusses auf unsere nationalen Geschicke erfolgreicher Lösung entgegenzuführen und zu gleicher Zeit die tiefgreifende Frage einer wirthschaftlichen Umgestaltung unserer Verhältnisse gedeihlich zum Austrag zu bringen?

Sodann aber gibt es ein Sprichwort, nach dem gut Ding Weile haben will. Jene reformatorischen Gedanken, die wir bei dem Fürsten voraussetzen, mußten wie andere Vorhaben reifen, sie mußten detaillirten Inhalt gewinnen und an der Erfahrung geprüft werden, es mußten sich Aussichten auf ein siegreiches Vorgehen in ihrem Sinne eröffnen. Aussichten der Art waren aber in dem Jahrzehnt von 1865 bis 1875 so gut wie gar keine vorhanden. Es war rein unmöglich, in dieser Zeit schon auf Einhalt und Umkehr in der freihändlerischen Bewegung hinzuwirken, die sich in den Jahren vorher wie eine Epidemie weiter Kreise der Bevölkerung und darunter gerade der einflußreichsten bemächtigt hatte. Die Erfahrung hatte noch nicht über die „Wissenschaft“ gerichtet, und die Doktrin Mr. Cobden's und seiner deutschen Schüler galt für unfehlbar und unanfechtbar. Die Schulen, die Presse in der bei weitem größeren Hälfte ihrer Organe, die Verfasser der gebräuchlichen Lehrbücher der Finanzwissenschaft, die Staatsbeamten, welche berufen waren, auf dem in Rede stehenden Gebiete zu wirken, alle glaubten an die alleinseligmachenden Prinzipien des internationalen Freihandels, alle ließen sich mit mehr oder minder

Wärme und Eifer an ihrem Theile die Verwirklichung ihrer Ideale angelegen sein. Gegnerische Stimmen verhallten oder wurden kurz und barsch als kaum der Beachtung werth abgefertigt. Die den Schaden hatten, durften auch für den Spott nicht sorgen. Hätte man einen volkswirthschaftlichen Senat gehabt, wie er in Frankreich zum Heile der dortigen Gewerbsthätigkeit und nicht zum Unsegen des neben ihr hergehenden Volkslebens bestand, so wäre etwas zu hoffen gewesen. So aber hatten wir einen Reichstag, ein Zollparlament und Landtage, wo die Mehrheit gleichermaßen der Einseitigkeit und den Vorurtheilen huldigte, aus welchen sich die Lehre des Manchesterthums oder des Freihandels in seiner Uebertreibung zusammensetzt.

Dem allen gegenüber war kaum recht zu Worte zu kommen, geschweige denn Aussicht, etwas ausrichten zu können, wenn man nicht allmächtig oder wenn man nicht wenigstens mächtiger als der Reichskanzler war. Aber der Himmel hat sich geklärt, die Zeiten sind andere geworden. Das Leben hat die Theorieen der Apostel des internationalen Freihandels der Unwahrheit überführt, es hat deren Schädlichkeit für Staat und Volk überzeugend für jeden, der sehen kann und will, dargethan, es hat mindestens gezeigt, daß sie nur halbe Wahrheiten, nur mit starker Einschränkung richtige Grundsätze enthalten. Alle Unbefangenen haben allmählich einsehen gelernt, daß sie lediglich England und gewissen Klassen der deutschen Kaufmannswelt zu Güte kommen, und in der festgeschlossenen, ihrer Sache gewissen Phalanx der Freihändler sind weite Lücken entstanden, während in anderen ihrer Glieder Selbstgefühl, Zuversicht und Ueberzeugungsgewißheit zu wanken beginnen. Die neue Reichstagsmajorität endlich ist der Beschützung der nationalen Arbeit vor der erdrückenden Konkurrenz des Auslandes günstig gestimmt.

Und jetzt war der Moment gekommen, wo der Reichskanzler deutlicher und immer deutlicher und zuletzt ganz offen und entschieden mit seinen inzwischen gereiften, aber noch einige Zeit vor wichtigeren Fragen und der Ungunst der Umstände vertagten zoll- und steuerpolitischen Reformprojekten hervortreten und Erfolg damit zu erzielen hoffen konnte.

Im vorigen Herbst erging von 204 Reichstagsabgeordneten, die sich der bekannten „Freien volkswirthschaftlichen Vereinigung“ angeschlossen hatten, welche den Vertretern des internationalen Freihandels gegenüber unbefangen auf praktische Erfahrungen gestützt die Reform unserer Zoll- und Handelspolitik vertritt, eine Erklärung, die mit den Worten begann: „In den weitesten Kreisen des deutschen Reiches sieht man mit Spannung einer endlichen klaren Entschließung der verbündeten Regierungen rücksichtlich der Grundlagen des deutschen Handelsverkehrs mit dem Auslande entgegen.“ Als Antwort hierauf richtete der Reichskanzler an den Reichstagsabgeordneten v. Arnbüler

einen der Führer jener Vereinigung, ein Schreiben, welches die Zollreform betraf und seine handelspolitischen Absichten kurz andeutete. Bald darauf sprach er sich über dieselben in einem Schreiben an den Bundesrath deutlicher und ausführlicher aus. Am 15. Dezember endlich erfolgte die von der „Freien volkswirthschaftlichen Vereinigung“ gewünschte „klare Entschliebung“. Dieselbe kam zwar noch nicht von Seiten der verbündeten Regierungen, sondern nur von Seiten des Reichskanzlers, aber sie war dafür mehr, als man erwartet hatte, d. h. sie war ein zollpolitisches und zugleich ein steuerpolitisches Programm, sie bedeutete nach beiden Richtungen hin die Absicht vollständiger Umkehr auf den Wegen, die man bisher gegangen. Erst von jetzt an können wir mit Fug sagen, daß die Entwicklung der Dinge, die hier in Rede stehen, sich „unter der Leitung des Fürsten Bismarck vollzieht“, und wenn inzwischen v. Barnbüler, den wir von lange her als Fürsprecher des nationalen und als entschiedenen Gegner des internationalen Freihandels thätig sahen, vom Fürsten zum Vorsitzenden der Kommission ernannt worden ist, die der Bundesrath zur Revision des deutschen Zolltarifs bestellt hat, so bleibt kein Zweifel mehr über die Richtung, in welcher die Dinge sich entwickeln werden.

Mit dem Vorstehenden konnte und sollte nicht in Abrede gestellt werden, daß das Programm, mit welchem die Zoll- und Steuerpolitik des Reichskanzlers verkündigt worden ist, seine Gestalt und theilweise auch seinen Inhalt durch äußere Umstände gewonnen hat, die erst in den letzten Jahren sich herausgebildet haben. In keiner Theorie befangen, weniger der „Wissenschaft“ als dem Leben zugewandt, hat der Fürst es eben nicht verschmäht, im Laufe der Jahre zu lernen, sich seine Ansichten von der Erfahrung modifiziren, sich durch die Verhältnisse bestimmen zu lassen und sich den Thatfachen nach Möglichkeit anzupassen, wie das seine Art überhaupt ist.

Man hat ihn im Hinblick auf die jetzt von ihm in's Auge gefaßte beinahe allgemeine Zollpflichtigkeit der in Deutschland eingehenden Waaren daran erinnert, daß er vor etwa drei Jahren im Reichstage gesagt habe: „Es fragt sich bloß, ob Sie uns helfen wollen, einen Schritt in der Richtung einer Reform zu thun . . . daß wir in unseren Zöllen, ganz unabhängig von der Frage, wie hoch jedes Einzelne besteuert werden soll, uns doch freimachen von dieser zu großen Masse von zollpflichtigen Gegenständen, daß wir uns auf das Gebiet eines einfachen Finanzzollsystems zurückziehen und alle diejenigen Artikel, die nicht wirklich Finanzartikel sind, d. h. nicht hinreichenden Ertrag geben, über Bord werfen — die zehn oder fünfzehn Artikel, welche die größte Einnahme gewähren, so viel abgeben lassen, wie wir überhaupt aus den Zollquellen für unsere Finanzen nehmen wollen.“ Mit Recht erwiederte darauf die „Provinzial-Korrespondenz“, die Blätter, die hierauf hingewiesen, hätten doch auch

die Sätze wieder abdrucken sollen, die der Kanzler unmittelbar nach jenen hinzugefügt: „Ich will nur im Allgemeinen das System entwickeln, nach dem ich streben würde, wenn sich dieses Streben so leicht verwirklichen ließe wie die Gedanken, die eben leicht im Kopfe bei einander wohnen; aber im Raum, da stoßen sich fünfundzwanzig Regierungen und die verschiedenen Interessenten und Parlamente, ja selbst schon die Ministerien in sich und die eigenen Mitarbeiter, wie wir hier bei einander sitzen, selbst wir würden eine Menge einander bekämpfender Gedanken zum Vorschein bringen, die man um des Friedens willen sich verschweigt, und da ist die Herstellung einer Einigung über große durchgreifende Reformen eine Herkulesarbeit.“ Der Kanzler hat, so bemerkte das Blatt, sein Hauptziel, die Deckung der Staatsbedürfnisse vornehmlich durch indirekte Steuern, unverändert festgehalten, aber er bedurfte bei dem Wege, der ihm zunächst vorschwebte, der Unterstützung von Seiten der Regierungen, der Parlamente und der Bevölkerung, und diese Unterstützung blieb aus. Sie ist ihm für den in jener Rede angedeuteten Plan, nach englischem Muster nur wenige ergiebige Finanzartikel, darunter vor allem den Tabak, zu besteuern, versagt worden, und so mußte ein anderer Weg eingeschlagen werden, um zum Ziele zu kommen.

Ferner ist das Programm des Reichskanzlers ohne Zweifel durch Beobachtung einer Erscheinung beeinflusst worden, welche von der „Times“ unzutreffend als die „Fluthwelle der Schutzollsucht“ bezeichnet worden ist. Es ist das Bestreben aller Staaten und Völker nach wirtschaftlicher Freiheit auf eigenem Gebiet, nach Wegschaffung der als verderblich erkannten Folgen der europäischen Handelsverträge, nach der Möglichkeit für jede Nation, ihre wirtschaftlichen Forderungen nach den durch ihre Entwicklungsstufe gegebenen natürlichen Verhältnissen zu gestalten. Vor diesem wohlberechtigten Bestreben fällt das System jener Verträge allmählich zusammen, und allenthalben sieht man der Ersetzung dessen, was nach den Grundsätzen des internationalen Freihandels vereinbart worden ist, durch neue Bedingungen entgegen, wie sie die Forderungen des nationalen Freihandels vorschreiben.

Die Fluthwelle, die der „Times“ das Herz schwer macht, ist selbst in England, der Heimat des doktrinären Freihandels, mächtig gestiegen. Der Sekretär des „Liverpool Shipping Trades Council“ schrieb vor kurzem an Gladstone, täglich breche sich der Glaube mehr Bahn, daß der Mangel an Beschäftigung für geschickte Arbeiter der zollfreien Zulassung ungeheurer Massen von Fabrikaten des Festlandes und Amerika's zuzuschreiben sei, und daß, ob schon der Freihandel in mancher Hinsicht gut sein möge, man dem englischen Arbeiter doch nicht zumuthen sollte, sich seine Arbeit vom Auslande stehlen zu lassen. In einer Zuschrift an die „Times“ ferner heißt es: „Unsere Lehrmeister

im Freihandel haben noch manches zu lernen, aber das ist jetzt schon klar, daß die Freihandelstheorien in der Praxis gänzlich Fiasco gemacht haben.“ Endlich liest man im „Mining Journal“: „Als die Freihandelspolitik, welche die Handelsinteressen unseres Landes nahezu ruiniert hat, nur erst sehr theilweise adoptirt war, wurde Seitens der Konservativen und ganz besonders von Herrn Disraeli darauf hingewiesen, daß, wenngleich an dem Freihandel als abstraktem Begriff nichts auszusetzen, derselbe doch den Ruin unseres einheimischen Handels unvermeidlich herbeiführen müsse, es sei denn, daß wir darauf bedacht wären, daß für jeden englischen Markt, den wir den ausländischen Produzenten öffneten, uns ein Markt in dem Lande, welchem solche ausländische Produzenten angehörten, für ein annähernd gleiches Quantum unserer Fabrikate geöffnet werde.“

Nach den neuesten Mittheilungen aus Paris werden dort Maßregeln in Betreff der Handelsverträge mit England und Belgien vorbereitet, aus denen wir ersehen, daß das Jahr 1879 nicht blos für Deutschland sehr bedeutungsvolle Veränderungen in den Handelsbeziehungen zu fremden Staaten zu bringen bestimmt ist. Frankreich hat nicht nur jene Verträge gekündigt, sondern ist auch zur Kündigung anderer, die am 1. Juli ablaufen, entschlossen, sodas es von Anfang des nächsten Jahres an zu einer neuen Regelung aller dieser Verhältnisse vollkommen freie Hand haben wird. Und das kann nicht überraschen; denn es ist bekannt, daß die Franzosen schon längst, d. h. schon unter der Präsidentschaft Thiers', von der Verehrung der Freihandelsprinzipien zurückgekommen sind, die Napoleon III. einst durch den mit England abgeschlossenen Handelsvertrag in Frankreich zur Geltung gebracht hatte.

Wir schalten ein, wie das zugeht; denn das Handelsgeschäft, das die Engländer hierbei mit dem Kaiser abschlossen, ist äußerst bezeichnend für das Wesen der englischen Politik. Im August 1859 wurde der Premierminister Lord John Russell im Parlament interpellirt, ob die Regierung damit umgehe, einen Handelsvertrag mit Frankreich abzuschließen. Der Lord erwiderte: nein, er wisse von nichts der Art. Einige Wochen darauf ging Cobden in aller Stille nach Paris und redigirte hier mit dem bekannten Nationalökonomem Michel Chevalier und Louis Napoleon den Handelsvertrag, der am 24. Januar 1860 unterzeichnet wurde und u. a. den Eingangszoll auf französische Weine von 150 auf 18% herabsetzte. Am 1. März des letztgenannten Jahres aber erklärte der Kaiser, daß er Nizza und Savoyen revindiziren wolle, und am 24. März wurde in Turin der Vertrag abgeschlossen, durch den Viktor Emanuel diese beiden Provinzen an Frankreich abtrat. Vor und nach diesem letzten Datum fanden im englischen Unterhause ungewöhnlich heftige Debatten über diesen Austausch von Gefälligkeiten statt, und die Regierung mußte hören, daß

man der Landesvertretung das Recht über den Kopf genommen habe, und daß der Handelsvertrag das Butterbrod sei, durch welches der britische Löwe bewogen worden, zur Abdrückung jener Gebiete der piemontesischen Monarchie zu schweigen. Bright rief u. a.: „Perish Savoy!“ und wurde vom Lord John Manners in einer glänzenden Improvisation zurechtgewiesen und abgeführt.

Kehren wir in die unmittelbare Gegenwart zurück, so zeigt das entschiedene Vorgehen der französischen Regierung, daß man den Beschluß gefaßt hat, mit den Napoleonischen Traditionen und den Vorspiegelungen des Cobdenklubs völlig zu brechen. Da wir nun zur Zeit mit Frankreich auf dem Fuße des Rechts der meistbegünstigten Nation verkehren, so ist die Richtung, in welcher sich die französische Handelspolitik zu entwickeln begonnen hat, auch für Deutschland von entschiedener Bedeutung, und man kann es mit der „Börsen-Zeitung“ als ein Glück bezeichnen, daß wir infolge der Bemühungen des Fürsten Bismarck zu Beginn des nächsten Jahres mindestens in demselben Maße freie Hand haben werden, unsere Handelsbeziehungen nach unseren eigenen Interessen zu regeln, wie die Franzosen sie nach den ihrigen gestalten. „Zu gleicher Zeit aber erhalten wir einen neuen Beweis, wie wenig angebracht es gewesen wäre, die Verhandlungen mit Oesterreich-Ungarn zu überstürzen und sich nach dieser Seite hin zu binden, während an unserer westlichen Grenze eine radikale Neuformation der Zoll- und Handelsbeziehungen geplant wird. So wie die Dinge jetzt liegen, und wie sie liegen werden, nachdem die Zolltarif-Kommission einen neuen selbständigen Tarif für Deutschland ausgearbeitet haben wird, können wir mit Ruhe abwarten, wie sich in Frankreich und Oesterreich die Verhältnisse entwickeln werden, und die deutsche Regierung wird immer die Macht haben, der heimischen Industrie und unserem Handel diejenige Berücksichtigung zu verschaffen, welche nöthig ist, die unter dem bisherigen Regime aber von unsern Nachbarn, wo es sich irgend thun ließ, verweigert wurde.“

Zum Schlusse noch ein paar Worte zur Verständigung über weiteren Tadel in der National-Liberalen Korrespondenz und den von ihr bedienten Blättern. Dem musikalischen Gefühl derselben hat die Ueberschrift unseres Artikels „Bismarck und das Manchesterthum“ als „hochtönend“ mißfallen. Wir können sie nur bezeichnend finden; denn der Aufsatz unter ihr sagt, was Bismarck als Reformator unseres Zoll- und Steuerwesens ist und will, und charakterisirt ihm gegenüber in gleicher Weise das Manchesterthum, und so waren und bleiben wir der Beistimmung unbefangener und leidenschaftsloser Leser des Artikels zu unserer Meinung vom Titel desselben sicher.

Schlimmer ist es, wenn der gestrenge Kritiker der National-Liberalen Korrespondenz behauptet, der Aufsatz sei „lediglich ein nichts sagender Auszug aus

einer älteren schutzöllnerischen Schrift“. Denn dabei verschweigt er erstens wohlweislich, daß die von uns wiederholt sammt ihrem Verfasser genannte und nichts weniger als schutzöllnerische, sondern durchweg im Sinne des nationalen Freihandels darstellende und urtheilende Schrift, Gottfried Stommel's vortreffliche Abhandlung: „Die deutsche Industrie vor dem Reichstage“ ist, die selbst von Blättern der Manchesterpartei als höchst bedeutend anerkannt wurde.\*\*) Zweitens aber will er nicht wissen oder weiß er wegen allzuflüchtiger Lektüre unseres Auszugs wirklich nicht, daß demselben eine erhebliche Anzahl von theilweise recht ausführlichen Einschaltungen hinzugefügt worden ist, welche das Manchesterthum und die englische Handelspolitik noch deutlicher als Stommel's Ausführungen zu charakterisiren geeignet waren.

Wie es schließlich mit der „Verleumdung“ steht, deren wir uns nach der Ansicht des entrüsteten Kritikers durch die Andeutung schuldig gemacht haben sollen, „daß die Vertreter der Freihandelsidee in Deutschland von England bezahlt worden seien“ (beiläufig nicht unsere Worte, sondern eine Redewendung, die Eigenthum der National-Liberalen Korrespondenz ist), haben wir am Schluß von Nr. 3 der diesjährigen „Grenzboten“ dargethan; der „Verleumder“ war niemand anderes als — der Schatzmeister des Vereins, welcher die Betreffenden honorirte.

Das Vorstehende soll keine Polemik gegen die National-Liberale Korrespondenz sein, mit der wir uns überhaupt aus Mangel an Zeit und Neigung auf Erörterungen nicht einlassen können. Es ist einzig und allein an unsere Leser gerichtet, die daraus ersehen mögen, mit welcher außergewöhnlichen „Geschicklichkeit“ und, noch mehr, mit welcher eminenten Wahrheitsliebe die Myrmidonen des Freihandels für ihre Götter und Altäre zu Felde ziehen. Es kann — so werden unsere Leser, die dergleichen oft schon gewahr geworden sein müssen, sich sagen — keine gute Sache sein, die mit Verschweigen und Verdächtigen vertheidigt werden muß.



---

\*) Die „National-Zeitung“ u. a. rühmte ihr „umfassende Kenntniß auf wirtschaftlichem Gebiet“ und „sachentsprechende Darstellung“ nach und nannte sie „einen dankenswerthen Beitrag zum Verständniß der schwebenden Fragen in der Zollpolitik“, und die „Deutsche Volkswirtschaftliche Korrespondenz“ bezeichnete sie als „eine sehr werthvolle Bereicherung der handelspolitischen Literatur“. Es wäre uns lieb, wenn jemand uns sagen könnte, wie sich darauf das „nichtsagend“ der N.-L. R. reimt.